



**CDU**

***Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen!***  
***im September, Ausgabe 113***

**Griechenland, Irland & Co.:  
Investieren statt  
konsumieren!**

Die makroökonomischen Unterschiede im Euroraum belasten das Ziel einer einheitlichen und stabilen Währung schwer. Während Deutschland als europäischer Konjunkturmotor gilt, hat die Rezession in Griechenland noch kein Ende gefunden. Auch viele andere Staaten der Währungsunion haben noch kein Mittel für einen selbsttragenden Aufschwung gefunden. Vor diesem Hintergrund wird Deutschland als Nettoexporteur immer wieder aufgefordert, mittels eines konsumtiven Anreizsystems die Defizitländer zu unterstützen. Der folgende Beitrag wird Sie jedoch zu überzeugen versuchen, dass Strukturreformen in den Defizitländern selbst für die Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit die besseren Maßnahmen wären. Insbesondere kurzfristige Maßnahmen wie Lohnerhöhungen oder weitere Konjunkturprogramme in Deutschland wären weder der wahren Ursache dienlich, da sie nicht nachhaltig sind, noch würden den Defizitländern diese angesichts ihrer geringen Auswirkungen tatsächlich weiterhelfen. Wenn Deutschland mehr konsumiert, führt dies nur sehr begrenzt zu höheren Importen aus den südeuropäischen Ländern. Entsprechende Berechnungen der Deutschen Bundesbank prognostizieren eine Steigerung um höchstens 1 Prozentpunkt zum BIP für die einzelnen PIGS-Länder (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien), wenn

der deutsche Konsum um 10% zulegen – was faktisch ausgeschlossen ist.

Auch der nicht nur im Inland in diesem Zusammenhang häufig geäußerte Vorwurf, Deutschland hätte mit Hilfe seiner Lohnzurückhaltung die Binnennachfrage geschwächt und die Exportwirtschaft gestärkt, ist zu kurz gedacht. Zweifelsohne beruht der hohe deutsche Außenhandelsüberschuss auf der deutlich verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die wiederum das Resultat einer erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik, aber auch einer restriktiven Lohnpolitik der Unternehmen ist. Doch waren diese Reformen vor allem eine Reaktion auf die unbefriedigende Arbeitsmarktlage in Deutschland. Die An-

**Termine**

**25.09.10, ab 9 Uhr: Infostand auf dem  
Marktplatz. Thema: Was wollen die  
Bürger?**

**Jeden 2. Donnerstag im Monat ab 20  
Uhr: Stammtisch im „What's up“**

**07.12.10, Gänse-Essen im DGH  
Krähenwinkel. Einladung erfolgt zeitig.**

passungen der Tarifpolitik waren notwendig, um vorausgegangene Fehlentwicklungen bei den Arbeitskosten zu korrigieren. Die Erfolge stellten sich ab 2005 ein, die Arbeitslosenzahl verringerte sich stetig und die Beschäftigung stieg. Zudem half das Zulassen von betrieblichen Vereinbarungen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung neben der Kurzarbeiterregelung, einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise 2009 zu vermeiden. Bezogen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit bleibt festzuhalten: Ziel der Tarifpolitik und Arbeitsmarktreformen war ganz allein, Menschen in Beschäftigung zu bringen. Die Probleme der PIGS-Länder liegen nicht in der

deutschen Tarif- und Arbeitsmarktpolitik begründet, sondern sind selbstverschuldet.

Hierbei ist grundsätzlich nicht zu kritisieren, dass aufholende Länder des Euroraums vorübergehende Leistungsbilanzdefizite zur Unterstützung des Aufholprozesses generieren. Im Gegenteil: Eine Angleichung der makroökonomischen Leistungsfähigkeit, auch auf Pump, ist nicht nur im Sinne der aufholenden, sondern insbesondere auch der auf Kontinuität setzenden, vollentwickelten Wirtschaftsmächte. Dies gilt insbesondere dann, wenn die mit dem Leistungsbilanzdefizit verbundenen Kapitalimporte für investive Zwecke verwendet werden. (Zur Erklärung: Ein Handelsbilanzdefizit stellt immer eine Erhöhung der Verschuldung gegenüber dem Ausland dar, die wiederum gleichzusetzen ist mit Kapitalimporten.) Werden diese Kapitalzuflüsse sinnvoll verwendet, also für dauerhaft rentable Investitionen eingesetzt, hätte nicht nur der Schuldendienst an das Ausland aus den Erträgen geleistet, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Leistung gesteigert werden können. Daraus resultierte Produktivitätsfortschritte hätten zudem Lohnsteigerungen ermöglicht, ohne die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu beschädigen.

Tatsächlich aber wurden die Kapitalflüsse in den PIGS-Ländern nicht effizient eingesetzt. In Spanien und Irland wurde das Kapital zwar für Investitionen verwendet, allerdings zum größten Teil im Im-

mobiliensektor. Griechenland und Portugal finanzierten dagegen den privaten Konsum. Beide Länder weisen in Europa die höchsten Konsumquoten bezogen auf das BIP aus. Somit wurde viel zu wenig von den ausländischen Kapitalströmen für Investitionen aufgebracht, um nachhaltig Produktivitätsfortschritte und damit ein tragfähiges Wirtschaftswachstum zu generieren.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Die Ungleichgewichte in der Eurozone werden nachhaltig nicht durch „zu kurz gegriffene“ Maßnahmen behoben, wie Lohnerhöhungen oder weitere Konjunkturprogramme in den Überschussländern. Vielmehr sind grundlegende Veränderungen erforderlich, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer verbessern. Sicherlich ist darüber hinaus auch eine nachhaltige Stärkung der Inlandsnachfrage in Deutschland sinnvoll – durch strukturelle Maßnahmen in Form einer effizienteren Forschungsförderung, einer Bildungsreform, einer qualifikationsorientierten Einwanderungspolitik und von weiteren Arbeitsmarktreformen wie von der OECD gefordert. Im Übrigen sind erste Impulse für den hiesigen privaten Verbrauch – und damit für einen stärkeren Binnenmarkt – durch die bereits verbesserte Arbeitsmarktsituation zu erwarten.

**Ihr Marco Zacharias**

## **Afghanistan und kein Ende**

Bei dem Thema „Sicherheit Deutschlands“ gehen die Meinungen weit auseinander.

Martin Walser: „Wir sind, wenn wir uns nirgends militärisch engagieren, kein Ziel mehr für den Terrorismus.“ Dieser Populärpazifismus ist auch in der Bevölkerung weit verbreitet.

Peter Struck: „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Dagegen Volker Rühle: „Diese Begründung ist falsch und gefährlich“, denn „die Taliban haben eine regionale Agenda. Wie übel sie auch sind: Sie wollen nicht Hamburg und New York angreifen.“ Gegen einen sofortigen Rückzug spricht für Rühle nur die Sorge um die Zukunft der NATO und die Zweifel an der Bündnistreue Deutschlands.

Generalinspekteur a. D. Harald Kujat: Vergleichbare Verlustzahlen wie die Kanadier würde die deutsche Bevölkerung nicht durchhalten.“ Kanada hat bislang 147 Gefallene (Stand 6/2010) zu beklagen und bläst zum Rückzug, Deutschland zur Zeit 43 Gefallene. Über die enorme Zahl afghanischer Toten redet dabei schon keiner. Nachdem nun aber auch die Taliban dazu übergehen, den Dorfältesten Geld für Unterstützung anzubieten und „Kollaborateure“ liquidieren, wird der NATO-Versuch, mit Geld die Zustimmung der Bevölkerung zu stimulieren, hinfällig. Die ursprünglichen Einsatzziele der NATO sind nicht mehr erreichbar. So stellt Kujat etwas zynisch fest: „Wir werden einen Endzustand definieren und diesen dann als erreicht bezeichnen. De facto wird es ein Patt geben.“

Die Kosten des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr werden mit 1 Mrd. €/Jahr angegeben. Die wahren Kosten betragen wohl das Dreifache. Bisher hat der militärische Einsatz in Afghanistan Deutschland über 6 Mrd. € gekostet.

Walter Stützel ist für einen geordneten Rückzug. „Auslöser dieses Einsatzes waren die Terroristen. Die erste Antwort geben die Idealisten, und beendet werden muss der Krieg von den Realisten.“

Helmut Schmidt plädiert ebenfalls dafür, auch bei Nichterreichen der Ziele sich aus einer unlösbaren Sache herauszuziehen. Die Landesbischofin a. D. Dr. Käsmann wurde Anfang des Jahres noch für ihren Satz beschimpft: „Nichts

ist gut in Afghanistan.“

Die WikiLeaks-Veröffentlichungen von fast 100.000 geheimen Militärdokumenten (s. Spiegel 30/2010) bringen zwar wenig neue Erkenntnisse, zeichnen aber ein düsteres Bild eines asymmetrischen Krieges und sie unterstreichen die Gewissheit: Dieser Krieg ist militärisch nicht zu gewinnen. Wenn die Attacken der Taliban im deutschen Befehlsbereich zunehmen, wird es für die Bundeswehr und unsere Regierung schwierig. Wir haben eine Parlamentsarmee. (Parlamentsbeteiligungsgesetz, § 24,2 GG, § 87b GG) Am 1.6.2010 waren 6747 Bundeswehrsoldaten im Einsatz in Afghanistan. Die jährliche Mandatsverlängerung im Bundestag ergab am 26.2.2010: von 586 Abgeordneten stimmten 429 pro, 111 nein, 46 Enthaltungen. Allerdings gibt es 80 Vorbehalte für den Einsatz (Bundestagsvorschriften). Da die anderen Staaten ähnliche Vorbehalte nicht kennen, wird der Bundeswehr-Einsatz nicht als gleichwertig von diesen angesehen. Dies führt zu Spannungen mit den NATO-Partnern. So werden z. T. Informationen den Deutschen vorenthalten, z.B. über den geheimen Einsatz von USA-Einsatzgruppen. Die Erwartungen an deutsche Einsätze sind höher. Bisher wurden sie aus politischen Gründen abgelehnt. Der 4-Sterne-General McChrystal hat schon vom Rang her einen deutschen Oberst Kleingar nicht ernst genommen. Der deutsche General in Kunduz hat den Oberst auch nicht gedeckt.

Die Bundeskanzlerin zögerte zu Recht mit der Übernahme des Begriffes „Krieg“ und der damit verbundenen Teilnahmen an der Beerdigung Gefallener. Im Krieg geht die Verantwortung an den Bundeskanzler nach GG über und verbleibt nicht beim Vertei-

digungsminister. In der deutschen Bevölkerung bleiben diese juristischen Feinheiten unberücksichtigt. Hier ist die Stimmung ziemlich eindeutig: 65% gegen den Einsatz in Afghanistan, 48% für den sofortigen Abzug, 86% meinen, die Bundeswehr sei im Krieg, für 69% dient der Einsatz nicht der Sicherheit Deutschlands (Allensbach-Umfrage, 2. 5.2010).

In der Bundeswehr selbst zeichnen sich folgende Tendenzen ab: Viele Bundeswehrangehörige sind nicht von der Aufgabe überzeugt. Die Truppe hat Probleme mit ihrer militärischen Führung. Die militärische Führung hat Probleme mit der deutschen Politik. Die deutschen Generäle decken ihre Untergebenen nicht.

Quer dazu ist allerdings festzuhalten: Der militärische Einsatz in Afghanistan dient auch erweiterten deutschen Interessen. Da hat Peter Struck Recht. Die deutsche Rohstoff- und Exportabhängigkeit erfordert freie Märkte und Zugänge. Zu unserer Interessenlage gehört auch: Sicherung von Auslandsinvestitionen, Firmenbesitzgarantie, Schutz von Patenten, vor Enteignung, Gewinntransfer, Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen auf der Achse Iran-Afghanistan- Pakistan – Indien. Seine Sicherheit kann Deutschland nicht alleine gewährleisten. Wir brauchen Verbündete: EU, NATO, befreundete Staaten und Regierungen. Was könnte uns passieren durch Al-Kaida? Das Unheilserlebnis der USA von 9/11 ist eine Warnung. Die Terroristen kamen u. a. aus Hamburg. Aktivitäten von Einzeltätern und Gruppen (Sauerlandgruppe) gegen Verkehr, Kommunikationstechnologien, organisierte Kriminalität, Geiselnahmen im Ausland sind nicht auszuschließen. Wir haben international kein politisches Gewicht,

wenn wir uns militärisch herausnehmen nach dem Motto: Andere vor.

Die Bundeswehr hat bei der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands nach 1990 eine hervorragende Integrationsarbeit bei der Auflösung der NVA bis 1995 geleistet. 1990 gab es in Ostdeutschland 160.000 Mann NVA, 40.000 Grenztruppen, 400.000 Mann Betriebskampftrouppen. Der Abzug von 546.299 Russen (davon 340.000 Soldaten) mit Waffen wurde von Deutschland mit 12 Mrd. DM erkaufte. Die aufgefundenen Papiere bezeugen: Der Angriff des Warschauer Paktes wäre sofort mit Atomwaffen erfolgt (421 A-Waffen auf Westdeutschland). Insgesamt wurden 3575 Offiziere der NVA in die Bundeswehr übernommen, dazu 600 als Unteroffiziere, 1600 als Bundeswehrangeestellte. (Angaben: General Naumann). Von 2400 Leopard- II-Panzern 1990 hat die Bundeswehr heute nur noch 354 in Dienst.

Die Öffentlichkeit und die Bevölkerung zeigen gegenüber ihrer Armee ein freundliches Desinteresse. Bei dem Vorrang aller politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen bei der Wahrnehmung deutscher Interessen im Ausland ist die Vernachlässigung der militärischen Komponente im weltweiten Macht- und Einfluss-Poker ein Fehler. Nach Abzug der NATO aus Afghanistan ist ein gesellschaftliches Chaos dort unvermeidbar (und schon jetzt eingetreten). Am Abzugstermin 2014 sollte man dennoch festhalten.

**Dr. Martin Hohmann**

## **Impressum**

**V.i.S.d.P.:** CDU-OV Langenhagen

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Dr. Martin Hohmann, Marco Zacharias

**Satz u. Layout:** Marco Zacharias

**Der CDU-Ortsverband freut sich über jeden Artikel. Arbeiten Sie mit am KURIER. Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge.**

*Mail an:*

*marco.zacharias@htp-tel.de*

## **Zu guter Letzt**

### **Familie.**

Meinen Brüdern Albert und Heinrich.

Mir wird das Herz so  
bitterschwer,  
hol' ich die alten Bilder her  
der Eltern und der Brüder.  
Verwehte Jahre ziehn herauf,  
vernarbte Wunden wachen auf  
und zucken plötzlich wieder.

Der Vater lief von Haus zu Haus  
und lief sich fast die Seele aus,  
fünf Jungens satt zu kriegen.  
Mit einem Fünzigpfennigbrot  
da hat man seine liebe Not...  
Zehn Kilo müßt' es wiegen!

Die Mutter immer bleich und  
krank, -  
das ging so Jahr und jahrelang;  
wir schlichen nur auf Zehen.  
Nur manchmal um ihr Bett  
herum,  
da saßen wir und hörten stumm  
die alte Wanduhr gehen.

Dann polterte ein Sarg herein,  
der zog den zweiten hinterdrein,

und den schob gleich ein dritter.  
Die Tischler hatten guten Lohn,  
die Totengräber grüßten schon  
und gar die Leichenbitter!

Zwei Brüder sind der ganze Rest;

die andern hält die Erde fest,  
die wird nichts wiedergeben.  
Wir drei, wir schau'n uns oft so  
an -  
Wer weiß, wer morgen von uns  
dran -  
Prost Brüder, ihr sollt leben!

*Ludwig Jacobowski (1868-1900),  
deutscher Lyriker*